

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

	PROBLEMSTELLUNG UND UNTERSUCHUNGSKONZEPT	1
I.	RAUMSTRUKTURELLE FEHLENTWICKLUNGEN UND DER BEDARF AN ZENTRALSTAATLICHEN STEUERUNGSKOMPETENZEN	16
1.	<u>Vorbemerkung</u>	16
2.	<u>Raumstrukturelle Fehlentwicklungen im europäischen Rahmen</u>	17
2.1	Regionale Ungleichgewichte in der Europäischen Gemeinschaft	19
2.2	Die Notwendigkeit einer gemeinschaftlichen Problemlösung	21
3.	<u>Raumstrukturelle Fehlentwicklungen im nationalen Rahmen - Die Schweiz als Fallbeispiel</u>	23
3.1	Regionale Ungleichgewichte in der Schweiz	26
3.1.1	Die räumliche Konzentration der Arbeitsplätze	28
3.1.2	Die ungeordnete Agglomerationsentwicklung	33
3.2	Die fehlende interkantonale Koordination raumwirksamer Entscheidungen	41
3.3	Zusammenfassende Begründung für die Notwendig- keit einer gesamtschweizerischen Raumplanung	45
II.	STRATEGIEN RAEUMLICHER STRUKTURPOLITIK UND DER KONSENSBEDARF IHRER LEITBILDER	48
0.	<u>Vorbemerkung</u>	48
1.	<u>Der standorttheoretische Erklärungsansatz räumlicher Entwicklung</u>	49
2.	<u>Raumpolitische Strategien und der Konsensbedarf ihrer Leitbilder</u>	58
2.1	Die wachstumsorientierte Strategie	59
2.2	Die versorgungsorientierte Strategie	62
2.3	Die Schaffung ausgeglichener Funktionsräume	68
3.	Zusammenfassung und Wertung	74

III.	KONSENSBEDINGUNGEN DER INSTITUTIONALISIERUNG UND POLITIKFORMULIERUNG EINER STEUERNDEN RAUMPLANUNG	81
1.	<u>Der Bezugsrahmen der Fallstudie</u>	81
1.1	Zum grundlegenden Verständnis einer integrativen und normativen Raumplanung	81
1.1.1	Raumordnungspolitik als umfassend entwicklungssteuernde Politik	81
1.1.2	Raumplanung als Flächensteuerung	85
1.2	Zu den Durchsetzungsproblemen einer integrativen und normativen Raumplanung	88
1.2.1	Prinzipielle Handlungsschranken der Raumplanung	92
1.2.2	Föderalismus als Strukturproblem der Raumplanung	96
2.	<u>Politischer Konsensbedarf als Engpassfaktor einer gesamtschweizerisch orientierten integrativen und normativen Raumplanung</u>	102
2.1	Ordnungspolitische und staatsstrukturelle Rahmenbedingungen	102
2.1.1	Liberalismus und Raumplanung in der Schweiz	103
2.1.2	Föderalismus und Raumplanung in der Schweiz	106
2.2	Gesellschaftlicher Konfliktgehalt und politische Konsensbildung	109
2.2.1	Fehlentwicklungen des Bodenmarktes als Auslöser des politischen Entscheidungsprozesses	109
2.2.2	Die Volksinitiative für Bodenrecht und Landesplanung - Der gesellschaftliche Hintergrund ihrer fehlenden politischen Durchsetzungsfähigkeit	119
2.2.2.1	Die Manifestation der gesellschaftlichen Interessenkonflikte	122
2.2.2.2	Die politische Dominanz partikularer Wirtschaftsinteressen	130
2.2.2.3	Die ideologische Polarisierung der Öffentlichkeit vor der Volksabstimmung	141
2.2.2.4	Das negative Abstimmungsergebnis und die divergierenden Schlussfolgerungen	152
2.2.3	Der Regierungsentwurf einer Landesplanungskompetenz - Der gesellschaftliche Hintergrund seiner fehlenden politischen Durchsetzungsfähigkeit	159
2.2.3.1	Die "Verwässerung" der Planungskompetenz im Prozess der parlamentarischen Konsensbildung	164

	Seite
2.2.3.2 Die Volksabstimmung über eine "Minimallösung"	185
2.2.4 Konzipierung und politisches Scheitern einer gesamtschweizerischen Raumplanung in der Ausführungsgesetzgebung	190
3. <u>Die zusammengefassten Ergebnisse der Fallstudie</u>	214
IV. KONSENSBEDINGUNGEN DER IMPLEMENTIERUNG EINER PROBLEMORIENTIERTEN REGIONALPOLITIK	220
1. <u>Der Bezugsrahmen der Fallstudie</u>	220
1.1 Eine konsenfähige Alternativstrategie zur Raumplanung	220
1.2 Zum grundlegenden Verständnis einer problemorientierten Regionalpolitik	224
2. <u>Politischer Konsensbedarf als Engpassfaktor einer problemorientierten Regionalpolitik der Europäischen Gemeinschaft</u>	227
2.1 Zum institutionellen Rahmen der Europäischen Gemeinschaft	227
2.2 Zur Institutionalisierung ihrer Regionalpolitik	231
2.3 Anforderungen an die gemeinschaftliche Regionalpolitik und der Konsensbedarf ihrer politischen Durchsetzung	238
2.3.1 Die problemorientierte Konzentration der Regionalförderung	241
2.3.2 Die zielorientierte Identifizierung der Problemgebiete	244
2.3.3 Zielbedarf und Zieldefizit der gemeinschaftlichen Regionalpolitik	252
2.4 Zur beschränkten Konsensbildungskapazität der gemeinschaftlichen Regionalpolitik	261
2.4.1 Die Konsensbildungsprobleme einer institutionalistischen Strategie	264
2.4.2 Die scheinbar verringerten Konsensbildungsprobleme einer gradualistischen Strategie	272
2.5 Die Grundlagenprobleme einer gradualistischen Strategie der gemeinschaftlichen Regionalpolitik	286
2.5.1 Die Heterogenität der regionalpolitischen Bezugsräume	287
2.5.2 Die Heterogenität regionalpolitischer Entscheidungsstrukturen	291
2.5.3 Schlussfolgerungen	299

	Seite
3. <u>Die zusammengefaßten Ergebnisse der Fallstudie</u>	301
GESAMTUEBERBLICK UEBER DIE UNTERSUCHUNGS- ERGEBNISSE UND ANALYTISCH BEGRUENDBARE SCHLUSS- FOLGERUNGEN	309
<hr/>	
BIBLIOGRAPHIE	323
DOKUMENTE ZUR FALLSTUDIE SCHWEIZ	331
DOKUMENTE ZUR FALLSTUDIE EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT	334
SONSTIGE DOKUMENTE	335